

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/4879 –**

Planungssicherheit und Vertrauen beim Umweltbonus herstellen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, für Käuferinnen und Käufer von Plug-in-Hybridfahrzeugen und Elektroautos eine Übergangsregelung zu schaffen, damit sie bis Juni 2023 eine staatliche Förderung durch den Umweltbonus in der im Jahr 2022 geltenden Höhe erhalten können.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4879 abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Sebastian Roloff
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Sebastian Roloff

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4879** wurde in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass die Bundesregierung ab 1. Januar 2023 die Förderung von Elektrofahrzeugen neu ausgerichtet habe. Nach der reformierten Förderrichtlinie für den Umweltbonus würden nur noch reine Elektrofahrzeuge gefördert. In der Folge fielen Plug-in-Hybridfahrzeuge komplett aus der Förderung und Elektroautos würden je nach Höhe des Kaufpreises nur noch mit 4.500 Euro beziehungsweise mit 3.000 Euro gefördert. Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU sei für viele Autokäufer diese Entwicklung zum Zeitpunkt ihrer Bestellung nicht absehbar gewesen. Der Erhalt des eingeplanten Umweltbonus sei an eine Zulassung und an eine Antragstellung beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Jahr 2022 geknüpft. Aufgrund der weltweiten Lieferkettenprobleme hätten Käufer jedoch teilweise über ein Jahr und länger auf ihre Autos warten müssen und könnten die in Aussicht gestellten Zuschüsse deshalb im Jahr 2022 nicht in Anspruch nehmen.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, für alle Verbraucherinnen und Verbraucher, die ein Plug-in-Hybridfahrzeug oder ein Elektrofahrzeug verbindlich bestellt hätten und eine Fahrgestellnummer vorweisen könnten, aus Vertrauensschutzgründen eine Übergangsregelung für die Fahrzeugzulassung und Beantragung des Umweltbonus beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bis zum 30. Juni 2023 einzuräumen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4879 in seiner 35. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/4879 in seiner 36. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/4879 in seiner 54. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/4879 in seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss, mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4879 zu empfehlen.

Berlin, den 15. März 2023

Sebastian Roloff
Berichtersteller